

**Betreff:** Fwd: Kritik am Integrationsgesetz der Bundesregierung – RfM unterstützt offenen Brief  
**Von:** Flüchtlingsrat Berlin <buero@fluechtlingsrat-berlin.de>  
**Datum:** 06.05.16 13:20  
**An:** Verborgene\_Empfaenger: ;

----- Weitergeleitete Nachricht -----

**Betreff:**Kritik am Integrationsgesetz der Bundesregierung – RfM unterstützt offenen Brief  
**Datum:**Fri, 6 May 2016 13:16:11 +0200  
**Von:**Rat für Migration <[info@rat-fuer-migration.de](mailto:info@rat-fuer-migration.de)>  
**An:**Rat für Migration <[info@rat-fuer-migration.de](mailto:info@rat-fuer-migration.de)>

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundesregierung plant ein Integrationsgesetz: Unter anderem sollen damit Flüchtlinge verpflichtet werden, die deutsche Sprache zu lernen und einen Beruf zu finden. Tun sie dies nicht, könnten ihnen in Zukunft Sozialleistungen gekürzt werden. Auch ihr Aufenthaltsstatus soll unter Umständen von dieser „Integrationsleistung“ abhängig gemacht werden.

Der Rat für Migration (RfM) und andere Organisationen unterstützen einen **offenen Brief an die Bundesregierung, in dem sich Wissenschaftler, Künstler und Autoren gegen das geplante Integrationsgesetz positionieren**. Der vollständige Brief ist am 5. Mai 2016 auf [Zeit Online](#) erschienen. Noch 60 Tage lang werden weitere Unterschriften in einer [Online-Petition](#) gesammelt.

Neben dem *Rat für Migration* unterstützen auch *DeutschPlus – Initiative für eine plurale Republik e.V.* und die *Neuen deutschen Medienmacher e.V.* als Träger der *Neuen deutschen Organisationen* die Initiative.

In dem Brief fordern die Erstunterzeichner einen „Integrationsvertrag für alle“ und bezeichnen das geplante Gesetz als „Rückschritt in die 1980er Jahre“. Außerdem werden konkrete Ziele und Aufgaben für die Politik benannt:

1. Ein Einwanderungsgesetz inklusive eines „Integrations- und Teilhabegesetzes“
2. Ein Bundesministerium für Migration und Integration
3. Eine gesellschaftliche Debatte darüber, „Vielfalt, gleichberechtigte Teilhabe und Integration“ als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen

Die Initiatoren des Briefes stehen für Presseanfragen zur Verfügung:

- Georg Diez, Journalist und Autor: [georg.diez@spiegel.de](mailto:georg.diez@spiegel.de)
- Farhad Dilmaghani, Vorsitzender DeutschPlus e.V.: [farhad.dilmaghani@deutsch-plus.de](mailto:farhad.dilmaghani@deutsch-plus.de)
- Prof. Dr. Naika Foroutan, Sozialwissenschaftlerin: [foroutan@hu-berlin.de](mailto:foroutan@hu-berlin.de)
- Prof. Dr. Werner Schiffauer, Vorsitzender Rat für Migration: [Schiffauer@europa-uni.de](mailto:Schiffauer@europa-uni.de)

Für telefonische Rückfragen erreichen Sie den Rat für Migration unter: 030 2088 8480

*Der Rat für Migration ist ein bundesweiter Zusammenschluss von über 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Disziplinen. Seine zentrale Aufgabe sieht er unter anderem darin, politische Entscheidungen und öffentliche Debatten über Migration, Integration und Asyl kritisch zu begleiten.*

-----  
**Rat für Migration**

[info@rat-fuer-migration.de](mailto:info@rat-fuer-migration.de)

+49 30 2088 8480

[www.rat-fuer-migration.de](http://www.rat-fuer-migration.de)

--

Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Georgenkirchstr. 69-70

10249 Berlin

Tel: 030/24344 5762

Fax: 030/24344 5763

[www.fluechtlingsrat-berlin.de](http://www.fluechtlingsrat-berlin.de)